

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrte Damen und Herren

Bei weitem nicht alles, was wir im nationalen Parlament diskutieren, ist schliesslich von grosser Tragweite – das wissen wir alle. Nun aber steuern wir im Parlament auf Entscheidungen zu, die von grosser Bedeutung sind: In den nächsten Monaten werden wir nicht nur die Botschaft zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zu behandeln haben, sondern zeitgleich auch die Botschaft zu Bildung, Forschung und Innovation. Darin legen wir fest, unter welchen Rahmenbedingungen in den nächsten vier Jahren Bildung, Forschung und Innovation betrieben werden. Und wir wissen es bereits heute: Mit diesen Entscheidungen werden wir auch mitprägen, ob der Schweizer Nachwuchs in späteren Jahren qualitativ wie quantitativ genügen wird.

Wir werden die Quadratur des Kreises anstreben müssen: Einerseits sind Lösungen zu finden, um die Zuwanderung – wirtschaftsverträglich – begrenzen zu können. Und andererseits haben wir im Parlament die Aufgabe, den tragenden Bereich Bildung, Forschung und Innovation als Stärkung des Inländerpotenzials mit der nächsten BFI-Botschaft so auszugestalten, dass die Schweiz als (Wirtschafts-)Standort gestärkt wird und ihre Wettbewerbsfähigkeit auszubauen vermag. Der herrschende Fachkräftemangel erschwert diese Aufgabe – zumal die Verfügbarkeit ausländischer Fachkräfte auf dem Spiel steht.

Gerne lade ich Sie ein: Werden auch Sie Mitglied der PG BFI. Mindestens zweimal jährlich laden wir Sie, liebe Kollegin, lieber Kollege, zu Veranstaltungen ein mit hochkarätigen Referenten, die als Vertreter der Wirtschaft, der Forschung und des Bildungssektors wie der Behörden über Neuerungen, Innovationen und Trends weltweit informieren. Unsere Themen und Referate sind so gewählt, dass sie Ihnen in Ihrer Entscheidungsfindung bei anstehenden parlamentarischen Debatten dienen. Senden Sie uns dazu bitte einfach die beiliegende Beitrittserklärung zur PG BFI zurück.

Die PG BFI hat es sich zur Aufgabe gemacht, Sie auf diese kommenden Diskussionen bestmöglich vorzubereiten. Ich freue mich deshalb sehr, Sie zu unserem traditionellen Sessionsanlass einzuladen.

Dieser findet statt:

Donnerstag, 17. März 2016, Hotel Bellevue Palace
«Bildung, Forschung, Innovation 2017 - 2020»
Eine Debatte zu Prioritäten und Herausforderungen

Wir erläutern Ihnen die Prioritäten wie die Herausforderungen für die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den Jahren 2017 – 2020. Anschliessend debattieren Herr **Fritz Schiesser, Präsident des ETH-Rates**, Herr **Dietmar Hüglin, BASF Schweiz AG**, Vorstandsmitglied aprentas, als Vertreter der Industrie und Frau **Christine Davatz-Höchner, Schweizerischer Gewerbeverband**, Verantwortliche Berufsbildungspolitik.

Seien Sie unser Gast!

Es braucht mehr Mittel für den BFI-Bereich**9. März, NR****15.3011 Mo WBK-N. BFI-Botschaft: mindestens 3,9% Mittelwachstum (Differenzbereinigung)**

Der Nationalrat wird in der kommenden Session die Differenzbereinigung zu einer wegweisenden Motion vornehmen. Der Ständerat hat im Dezember die seitens Nationalrat vorgeschlagene Massnahme betreffend Mittelwachstum modifiziert: Statt ein Mittelwachstum von mindestens 3,9% in der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für die Jahre 2017-2020, fordert der Ständerat eine Priorisierung dieses Bereichs bei der Mittelversorgung, verzichtet aber, einen Prozentsatz für das Wachstum festzusetzen.

Es wäre mehr als wünschenswert, die Motion in ihrer ursprünglichen Form zu überweisen, denn öffentliche Bildung, Forschung und Innovation benötigen ein überdurchschnittliches und stabiles jährliches Wachstum. Kommission wie Ständerat betonen jedoch, es sei wichtig «die in Zukunft schwierige Situation der Bundesfinanzen nicht einfach auszublenden, sondern das Ziel eines nachhaltig gesunden Bundeshaushaltes mitzutragen». Man müsse wohl den Anliegen klar und deutlich Rechnung tragen, aber auf eine fixe Prozentzahl für ein durchschnittliches jährliches Wachstum im BFI-Bereich verzichten. Die neu formulierte Motion verpflichtet nun den Bundesrat lediglich, den «BFI-Bereich in den Jahren 2017 bis 2020 als prioritäre Aufgabe zu behandeln und die dafür notwendigen Mittel in ausreichendem Masse zur Verfügung zu stellen». Dabei seien vier Förderungsschwerpunkte zu berücksichtigen: 1. Höhere Berufsbildung, 2. Wissenschaftlicher Nachwuchs, 3. Medizin, 4. Innovation.

Wir wissen: mehr als 3,3 Prozent Wachstum sieht der Bundesrat nun im Finanzplan 2016-2018 nicht vor. Es muss also in der parlamentarischen Beratung der vorliegenden BFI-Vorlage unser aller Anliegen sein, diese Zielvorgabe klar zu übertreffen. Auch die abgeänderte Motion ist ein Bekenntnis zu deutlich mehr Mittel für die obigen Bereiche. Dieser Grundsatz muss parlamentarisch bekräftigt werden.

Stärkung der Berufsbildung soll im Rahmen der BFI Botschaft geschehen**3. März, SR****14.451 pa. Iv. Müri. Fonds für eine Qualifizierungsoffensive in der beruflichen Grundbildung**

Wir haben Sie bereits im Dezember 2015 darauf hingewiesen, dass dem Fachkräftemangel nicht durch kurzfristiges Aufstocken der Mittel beigegeben werden kann. Die parlamentarische Initiative verlangt vom Bund, während vier Jahren maximal 50 Millionen Franken für diverse Massnahmen im Berufsbildungsbereich zur Verfügung zu stellen. Der Ansatz brächte möglicherweise kurzfristige und punktuelle Linderung, widerspricht aber dem Grundsatz, dass Bildung, Forschung und Innovation strukturelle Förderung benötigen: Auch in der (höheren) Berufsbildung werden nur dann zusätzliche Erfolge erzielt, wenn deren Förderung eine grundsätzliche, nachhaltige und von Bund wie von den Kantonen gemeinsam getragene ist.

Ingenieur-Bedarf: Die Fachkräfteinitiative wird es nicht richten

13. März, SR

Ip. 15.4262 Fehlende Ingenieure. Importieren oder ausbilden?

Ständerat Bischof greift mit seiner Interpellation eine Frage auf, welche die PG BFI schon seit Jahren beschäftigt: Gerade im MINT Bereich, insbesondere bei den Naturwissenschaften und in IT, weist die Schweiz eklatante Schwächen auf. Das führt schliesslich zum Ingenieurmangel, den die Interpellation thematisiert. Die Frage, ob wir die benötigten Ingenieure „importieren oder ausbilden“, wird die betroffenen Branchen mit der möglichen Beschränkung der Zuwanderung erst recht umtreiben. Fakt ist: Die Fachkräfteinitiative wird nämlich die grundsätzliche Problematik, dass sich unsere Kinder und Jugendliche zu wenig für naturwissenschaftliche und technische Berufe interessieren, nicht lösen. Auf die Frage, was der Bundesrat konkret und schnell unternehmen werde, verweist dieser in seiner Antwort vom 17.02.2016 darauf, dass er die Hochschulen bei der Ausbildung von Ingenieurinnen und Ingenieuren zusammen mit den Kantonen durch eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung sowie über das Instrument der projektgebundenen Beiträge unterstützen will. Dazu gehören auch Projekte zum Aufbau eines nationalen Kompetenzzentrums zur Förderung der MINT-Bildung, zur Chancengleichheit und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Innovationsförderung näher an den Markt führen

7. März, NR

15.080 Innosuisse-Gesetz

Es ist ein richtiger – und vom Parlament auch geforderter – Schritt, die heutige Kommission für Technologie und Innovation (KTI) in eine unabhängige, juristisch selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt umzuwandeln. An der bisherigen Aufgabe der KTI, eine Brücke zwischen Forschung und Markt zu schlagen, soll nichts geändert werden. Die neue Organisation soll sich weiterhin auf die Förderung von "bottom-up"-Innovationsprojekten beschränken. Es entspricht den Erfordernissen des Marktes und es wird den gestiegenen Ansprüchen an eine fokussierte und moderne Innovationsförderung gerecht. Bisher war die KTI als ausserparlamentarische Kommission organisiert. Als private Anstalt wird sie effizienter und beweglicher, sofern die wichtigsten Industrien auch im Leitungsgremium vertreten sind. Die Umwandlung erfolgt zur richtigen Zeit: Die Schweiz hat zwar die Bedeutung der Innovationsförderung erkannt – will sie aber ihren internationalen Spitzenplatz bewahren, sind zusätzliche Anstrengungen nötig. Die Vernetzung von Forschung und Industrie muss noch enger werden, damit die Schweiz im international schärfer gewordenen Wettbewerb bestehen kann. Dafür ist die neue Innosuisse-Struktur geeignet, auch wenn dafür der Name nicht zwingend zu wechseln wäre.

<p>Beschränkung der Zuwanderung: Mit Schutzklausel, aber ohne Kontingentierung von Schülern, Studenten und Postdoktoranden</p>

Wir haben an dieser Stelle mehrfach betont, der Bundesrat müsse das auch seitens der PG BFI geforderte Modell einer Schutzklausel in seinen Vorschlägen zur Beschränkung der Zuwanderung einbauen. Das ist mittlerweile geschehen.

Deshalb greifen wir nun einen Aspekt auf, dem bisher kaum Aufmerksamkeit geschenkt wurde – der aber unseren Bildungs- und Forschungsstandort wie auch die gesamte Wirtschaft empfindlich treffen würde, wenn das Parlament hier nicht korrigiert: Der Bundesrat schlägt vor, bei der Kontingentierung auch all jene zu erfassen, die nicht zu den Erwerbstätigen gehören, aber länger als ein Jahr in der Schweiz weilen (wollen). Das trifft

nämlich vor allem alle Schülerinnen und Schüler sowie Studierende, welche in der Schweiz Schulen und Universitäten besuchen – also zum Zweck der Aus- und Weiterbildung zu uns kommen.

Es ist weder sinnvoll noch wirtschaftsverträglich, über ein Jahr dauernde Aus- und Weiterbildungen zu kontingentieren: Die meisten Lehr- und Studiengänge sind mehrjährig. Eine solche Kontingentierung wäre wirtschaftsfeindlich: Das Erlangen von Schweizer Diplomen, Studienabschlüssen und Doktoraten würde breit verunmöglicht. International würde nicht verstanden, dass die hervorragenden Lehrgänge an unseren Hochschulen und Bildungsinstitutionen nur noch mit jährlich neu zu beantragender Bewilligung zugänglich wären. Weder Schweizer Hochschulen noch die zahlreichen Privat-Schulen wären international noch wettbewerbsfähig. Internationale Firmen sind zudem darauf angewiesen, dass ihre ausländischen Mitarbeiter ihre Kinder in der Schweiz zur Schule oder auf die Uni schicken können. Es ist nicht zumutbar, jährlich neu um eine Aufenthalts-Bewilligung für die Familienmitglieder ersuchen zu müssen. Internationale Firmen würden im Falle der ebenfalls geplanten Kontingentierung der Familienangehörigen allein deshalb Mühe bekunden, notwendige ausländische Fachkräfte zu rekrutieren.

Ausblick

Agenda Sessionsanlass vom Donnerstag, 17. März 2016, ab 12.30 Uhr

«Bildung, Forschung, Innovation 2017 - 2020»

Eine Debatte zu Prioritäten und Herausforderungen

Donnerstag, 17. März 2016, ab 12.30 Uhr (Lunch) bis 14.30 Uhr im Hotel Bellevue Palace Bern, Saal «Zur Münz»

Programm

Ab 12.30	Apéro und Lunch
13.15	Begrüssung und Einführung zu den Herausforderungen für die BFI-Botschaft 2017 - 2020 durch Herr Nationalrat Gerhard Pfister , Präsident der parlamentarischen Gruppe Bildung, Forschung und Innovation PG BFI
13.30	Paneldiskussion: Fritz Schiesser , Präsident des ETH-Rates Dietmar Hüglin , BASF Schweiz AG, Vorstand aprentas Christine Davatz-Höchner , SGV, Verantwortliche Berufsbildungspolitik

Ich freue mich, Sie alle an unserem Sessionsanlass begrüßen zu dürfen.
Gerne nehmen wir Ihre Anmeldung entgegen: info@pgbfi.ch

Die PG BFI engagiert sich für einen attraktiven Forschungsplatz Schweiz, welcher interessante Arbeitsplätze für in- und ausländische Fachkräfte bietet und der (auch weiterhin) als Innovationsmotor für die Schweiz dient. Nur so können Forschung und Innovation ihre Leistungen zum Wohle aller erbringen.

*Ihr Gerhard Pfister, Nationalrat
Präsident der PG BFI*

Parlamentarische Gruppe für Bildung Forschung und Innovation PG BFI

Nordstrasse 15 – Postfach - CH-8021 Zürich
Telefon +41 44 368 17 11- Telefax +41 44 368 17 70
E-Mail info@pgbfi.ch - Internet www.pgbfi.ch